
Russland im 20. Jahrhundert

Rezension von: Orlando Figes, Hundert Jahre Revolution. Russland und das 20. Jahrhundert, Carl Hanser Verlag, München 2015, 384 Seiten, gebunden, € 26; ISBN 978-3-446-24775-8.

Der Engländer Orlando Figes ist seit 1999 Professor für neuere und neueste russische Geschichte am Birkbeck College an der Universität London und zählt zu den renommiertesten Russland-Historikern im angelsächsischen Raum. Berühmtheit erlangte er durch seine Geschichte der russischen Revolutionen „A People’s Tragedy: The Russian Revolution, 1891-1924“ (1996; dt. „Die Tragödie eines Volkes“, 1998), für die er zahlreiche Auszeichnungen erhielt, und für seine Studie über das Privatleben einfacher Leute unter Stalins Herrschaft „The Whisperers: Private Life in Stalin’s Russia“ (2007; dt. „Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland“, 2008).

Der vorliegende Band, dessen englisches Original unter dem Titel „Revolutionary Russia, 1891-1991“ 2014 erschien, stellt eine Art Zusammenfassung von Figes’ früheren Werken über die Geschichte Russlands im 19. und 20. Jahrhundert dar, intendiert primär als Lehr- und Lesebuch für Lehrende, StudentInnen und politisch Interessierte.

Auf dem Weg zur Doppelrevolution von 1917

Figes’ Darstellung setzt in den 1890er-Jahren ein. Diese waren geprägt von rascher Urbanisierung, der Entwicklung einer modernen Markt-

wirtschaft, dem Aufblühen der Zivilgesellschaft und der nationalistischen Bewegungen an der Peripherie in Opposition zum Staat sowie von anhaltenden, tiefgreifenden sozialen Konflikten in den Städten und am Land. Trotz Abschaffung der Leibeigenschaft (1861) war die Bauernfrage nach wie vor ungelöst. Viele Fabrikanten behandelten ihre ArbeiterInnen wie Leibeigene. Doch Gewerkschaften waren illegal, womit der Weg zu einer reformistischen Arbeiterbewegung nicht offenstand.

Die Hungersnot des Jahres 1891, so Figes, trug wesentlich zur Politisierung der russischen Gesellschaft bei, beschleunigte die Entfaltung der Zivilgesellschaft und hatte die Wiedererweckung der revolutionären Parteien zur Folge. Sowohl die Sozialrevolutionäre Partei als auch die Sozialdemokraten bekannten sich zur marxistischen Ideologie.

Lenin, dessen Bruder 1887 wegen Beteiligung an dem gescheiterten Mordanschlag auf Alexander III. hingerichtet wurde, war stark vom jakobinischen Geist der Terroristen der 1880er-Jahre und ihrem Glauben an die Bedeutung einer gewaltsamen Machtübernahme geprägt und fügte dem Marxismus eine stärkere revolutionäre und voluntaristische Komponente bei: Er griff Überlegungen des Revolutionstheoretikers Tschatschew auf und propagierte die Machtergreifung und die Errichtung einer Diktatur durch eine disziplinierte, militärisch organisierte Avantgarde. Die Übernahme des Staatsapparats, Terror und Diktatur könnten in der Folge eine soziale Revolution bewirken.

1903 spaltete sich die Sozialdemokratie: Während Lenin und die Bolschewiki die Partei zur revolutionären

Avantgarde formen wollten, waren die Menschewiki bereit, auf eine durch objektive Bedingungen gereifte Revolution zu warten, und begriffen die Partei als breite Organisation mit Gewerkschaften und Parlamentsvertretung. Besonderen Zulauf fanden die Bolschewiki unter der gerade erst alphabetisierten Bauernjugend, die nach gesellschaftlichem Aufstieg, also in die Stadt strebte und das überkommene Bauernmilieu verabscheute.

Den Hauptgrund für die Revolution des Jahres 1905 sieht Figes allerdings nicht in der Bauern- und der Arbeiterfrage, sondern in dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen der dynamischen Zivilgesellschaft und der verknöcherten Autokratie.

Die Revolution von 1905 scheiterte, weil die Opposition von jeglichem koordinierten Handeln weit entfernt war, weil die Streitkräfte loyal blieben und weil das „Oktobermanifest“ die Opposition spaltete. Während die liberale Oberschicht die wenigen Zugeständnisse als Durchbruch zu einem Verfassungsstaat wertete, boten die Konzessionen keine Lösung der krassen sozialen Missstände.

Lenin sah sich durch das Scheitern der Revolution in seiner Einschätzung bestätigt, dass eine bürgerliche Revolution in Russland noch weit entfernt war. Er interpretierte die Ereignisse als Bestätigung für sein revolutionäres Konzept, das sich die Bolschewiki zueigen gemacht hatten, demgemäß eine disziplinierte und entschlossene, mit den Bauern und den nationalen Minderheiten verbündete Avantgarde der Arbeiterschaft die Macht ergreifen und einen sozialistischen Umsturz herbeiführen sollte, ohne eine bürgerlich-demokratische Revolution abzuwarten.

Die Chance einer evolutionären Um-

gestaltung des Landes in der parlamentarischen Ära ab 1906 wurde von den politisch Verantwortlichen vertan. Nicht nur der Zar hielt realitätsblind am Modell der unbeschränkten Selbstherrschaft bei. Figes zieht auch ein negatives Resümee über den politischen Kurs von Ministerpräsident Stolypin: Dessen Reformen zielten nicht auf eine konstitutionelle und demokratische Ordnung, sondern auf ein effektiveres etatistisches Regime.

Der Zar und seine Regierung ließen auch die Konstellation des Burgfriedens nach Beginn des Weltkriegs, die zu politischen Konzessionen geradezu einlud, ungenutzt. Die Armee wurde ab 1916/17 zu einer Art Schule der Revolution: Die überwiegend aus der unzufriedenen und aufrührerischen Bauernschaft stammenden Soldaten, im Umgang mit Waffen und in kollektiver Organisation bereits geschult, erlangten in dieser Phase gesellschaftliches Bewusstsein und Machtempfinden. Die soziale Krise spitzte sich damals als Folge zunehmender Versorgungsprobleme, Teuerung, Arbeitslosigkeit und Massennot in den Städten zu.

Auch Figes betont, dass die Februarrevolution 1917 „in vieler Hinsicht ein Ergebnis des Krieges war“ (S. 70). Die Niederlagen ab 1915, die mit schrecklichen Verlusten verbunden waren, und die sich zuspitzende soziale Krise brachten das Volk gegen den Hof und die Regierung auf, die des Verrats und der Inkompetenz bezichtigt wurden. Die Februarrevolution, welche die Herrschaft des Zaren gleichsam über Nacht hinwegfegte, war, so Figes, ein „Volksaufstand gegen die Monarchie und die Militärführung“ (ebd.).

Doch die neuen Machthaber waren von Anfang an uneins über die zu verfolgende Politik. Eine erste Spaltung

verlief zwischen Provisorischer Regierung und Rat, eine zweite zwischen Rechten und Linken in der Provisorischen Regierung, eine dritte zwischen gemäßigten Linken (Sozialrevolutionäre und Menschewiki), die auf soziale Reformen eines gewählten Parlaments setzten, und radikalen Linken (Bolschewiki), die auf eine gewaltsame Machtergreifung zum Zwecke der sofortigen sozialen Revolution setzten. Hinzu kam, dass die Bauern nicht auf Anweisungen oder Genehmigungen von oben warteten, sondern spontan in riesigem Ausmaß Güter besetzten und Enteignungen vornahmen. Die Dorfgemeinschaften handelten also vollkommen unabhängig vom Staat. Figes spricht daher mit Recht von einem tiefer gehenden Problem der „Machtfragmentierung“ (S. 98).

Die beeindruckende Liste der politischen Reformen der Provisorischen Regierung, die von den liberalen Werten der nach einer Verfassung strebenden Intelligenzija geprägt waren, genügten also bei Weitem nicht mehr, um die Erwartungen der Bauern und der Arbeiter zu erfüllen – Erwartungen im Hinblick auf Landreform, soziale Reformen und Autonomie für die Nationalitäten an der Peripherie des Reichs. Das Scheitern der Kerenski-Offensive im Juni 1917 war der Todesstoß für die Autorität der Provisorischen Regierung.

Nach dem Putschversuch von Kornilow im August radikalisierte sich die Arbeiterschaft in den Städten. Die Bolschewiki, die als einzige Partei kompromisslos für das Prinzip „Alle Macht den Räten“ eintraten, gewannen die Mehrheit in den Räten von Petrograd und Moskau. Die Zahl der in „Roten Garden“ bewaffneten Arbeiter stieg auf 40.000!

Am 25. Oktober setzten Lenin und

die Bolschewiki die seit Langem anvisierte Machtergreifung einer proletarischen Avantgarde in die Tat um. „Der Oktoberaufstand war ein Staatsstreich, für den sich nur eine kleine Bevölkerungsminderheit aktiv einsetzte. Doch er fand mitten in einer sozialen Revolution statt, die sich auf das gängige Ideal der Rätewacht konzentrierte.“ (S. 112)

Die neue Regierung brach freilich sofort das Prinzip der Rätewacht. Der Rat der Volkskommissare ignorierte den Rätekongress und erließ Gesetze ohne Genehmigung durch diesen. Die Opposition setzte in dieser schwierigen Lage auf die Konstituierende Versammlung als dem repräsentativsten Organ der Demokratie, schließlich würde diese Versammlung auf dem allgemeinen Erwachsenenwahlrecht beruhen. Tatsächlich brachten die Wahlen zur Konstituante am 25.11. eine schwere Niederlage für die Bolschewiki. Doch Lenin und die Bolschewiki waren nicht bereit, eine Teilung der Macht zu akzeptieren: Gestützt auf die Roten Garden, putschten sie am 6.1.1918 gegen das nationale Parlament. Mit der gewaltsamen Auflösung der Konstituierenden Versammlung endete die zwölfjährige demokratische Phase.

Welcher Kurs für die Sowjetwirtschaft?

Das drakonische System des Kriegskommunismus, das den ersten Schritt zu einer Kommandowirtschaft darstellte, war nicht eine bloße Reaktion der Sowjetregierung auf den Bürgerkrieg, auf die städtische Lebensmittelkrise und die Massenabwanderung der Arbeiter aus den Städten, sondern bildete so wie der Bürgerkrieg selbst ein Mittel zur Führung des Klassenkampfes. Es ging in erster Linie darum, die Macht-

basis der Partei durch gesellschaftliche Polarisierung, Ausweitung der Macht des Staates und Terror zu festigen, den Sieg der Diktatur des Proletariats sicherzustellen.

Der totalitäre Sowjetstaat hatte mit hin seinen Ursprung im Kriegskommunismus, der einen Versuch darstellte, Wirtschaft und Gesellschaft umfassend zu kontrollieren. De facto war das Sowjetregime weder eine Räteherrschaft noch eine Diktatur des Proletariats, „sondern eine Diktatur der Bürokratie“ (S. 139). Diese bildete die soziale Basis des neuen Regimes.

Neben dem konspirativen Untergrundkampf gegen die Autokratie waren Bürgerkrieg und Kriegskommunismus die prägenden Erfahrungen der Generation der Altbolschewiki. Der Bürgerkrieg war ihr Erfolgsmodell, wurde zur „heldenhaften Periode“ verklärt. Wenn Stalin später von einem „bolschewistischen Verfahren“ sprach, dann bezog er sich auf die Parteiverfahren im Bürgerkrieg: ständiges Ringen mit den in- und ausländischen Feinden der Revolution, Terror und staatliche Lenkung der Wirtschaft.

Ab Herbst 1920 geriet die Sowjet Herrschaft auf dem Land nochmals in eine Krise, denn die Bauern wandten sich nach der Niederlage der Weißen gegen den Sowjetstaat und dessen Zwangsrequirierungen, wollten zurück zur bäuerlichen Selbstverwaltung von 1917/18. Doch das Sowjetregime war militärisch bereits gefestigt und schlug die Bauernaufstände mit Gewalt und Terror nieder.

Während dieser Krise fiel im März 1921 eine innerparteiliche Entscheidung mit weitreichenden und verhängnisvollen Folgen: In einer Geheimresolution beschloss der Parteikongress ein Fraktionsverbot. Fortan leitete das

Zentralkomitee die Partei genauso diktatorisch, wie die Partei das Land regierte. Niemand konnte danach ZK-Entscheidungen anfechten, ohne sich dem Vorwurf des Fraktionismus auszusetzen. Das Fraktionsverbot bildete eine wesentliche Voraussetzung für Stalins Aufstieg an die Macht. Die Hauptelemente des stalinistischen Regimes waren bereits 1924 etabliert: Einparteienstaat, Terrorsystem und Führerkult.

Die 1921 etablierte „Neue Ökonomische Politik“ stellte eine Konzession an die Bauern dar, um das aus der Sicht des Regimes notwendige Einbindung von Arbeiterschaft und Bauern zu retten. Erfolgsschlüssel der NÖP waren die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Mitte der 1920er-Jahre waren die Ernteerträge um rd. 17% höher als im sog. Goldenen Zeitalter des russischen Ackerbaus in den Jahren nach 1900. „Angespornt von ihrem blühenden Agrarsektor, wuchs die Sowjetwirtschaft zwischen 1921 und 1928 rapide.“ (S. 170)

Nach Lenins Tod drehte sich die Debatte über die wirtschaftspolitische Strategie um die Zeitfrage: Würde es mit der NÖP möglich sein, rasch Schwer-, Maschinen-, Fahrzeug- und Rüstungsindustrien aufzubauen, welche die Sowjetunion in die Lage versetzten, dem erwarteten Angriff kapitalistischer Mächte standzuhalten?

Stalin wandelte sich aus Machtgründen vom Befürworter zum Gegner der NÖP. Er verband mit der Abkehr von der NÖP und mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft vor allem das Ziel, die Reste kapitalistischer Wirtschaft zu zerschlagen, insbesondere die unabhängigen Bauern zu beseitigen. Nach der Zwangskollektivierung wäre die Sowjetmacht nicht mehr

durch die Bauern erpressbar, das Regime hätte die Kontrolle über die Agrarüberschüsse, deren Erlös in die Industrialisierung investiert werden sollte. Die freigesetzten Bauern würden die Arbeitskräfte für den Produktionssektor stellen.

Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft 1930/31 bedeutete für die Landbevölkerung einen noch tiefgreifenderen Wandel als die Jahre der Revolution 1917-1921, denn sie zerstörte endgültig eine jahrhundertealte Lebensweise. Um den unkontrollierten Zuzug in die Städte einzudämmen, wurden die Bauern durch ein internes Passsystem an die Kolchosen gebunden. Viele Bauern empfanden das als zweite Leibeigenschaft. Mit der Deportation oder Exekution der als „Kulaken“ bezeichneten angeblichen Feinde der Revolution (im Ausmaß von rd. 6% der Landbevölkerung von etwa 120 Mio.) verlor die sowjetische Landwirtschaft auch die tüchtigsten und tatkräftigsten Bauern.

Die Zwangskollektivierung erwies sich kurz- und langfristig als Katastrophe für die sowjetische Landwirtschaft. Die Hungersnot 1932/33 kostete nach neuesten Schätzungen rd. 8,5 Mio. Menschen das Leben, insbesondere in der Ukraine, aber auch in Südrussland und Kasachstan. Und die sowjetische Landwirtschaft würde sich bis 1991 nicht mehr von diesem Systemwechsel erholen.

Auf dem gesellschaftlichen, industriellen und landwirtschaftlichen Umbruch der Jahre 1928-32 basierten sowohl Stalins Regime als auch die Sowjetunion von 1953 bis zu ihrem Ende. Der Fünfjahresplan wurde zur Blaupause der sowjetischen Wirtschaftsordnung und -entwicklung.

Unter den jungen Bolschewiki aus

der Unterschicht waren die Rückkehr zum gnadenlosen Klassenkampf der Bürgerkriegszeit und die drastischen Reformen von oben sehr populär. Aus den Reihen dieser zweiten Generation der Bolschewiki rekrutierten sich die neuen Eliten des Regimes, die nach der Vernichtung der Altbolschewiki im Zuge des Großen Terrors 1937/38 an deren Stelle traten.

Der Anfang vom Ende

Chruschtschows Geheimrede im Februar 1956 stellte einen Kompromiss unter den Mitgliedern des Politbüros dar, der nur die Hälfte enthüllte. Die Partei wurde zum einzigen Opfer des stalinistischen Terrors stilisiert. Alle anderen Opfer der Massenrepressionen und des Terrors fanden nicht einmal Erwähnung. Der vorrangige Zweck der Rede bestand darin, den Glauben der Bevölkerung an die KP zu erneuern.

Dieser Versuch scheiterte völlig. Und dennoch: Die Rede änderte alles, freilich nicht in der Weise, die sich die Parteiführer erhofft hatten. „Sie steht für den Moment, in dem die Partei Autorität, Einheit und den Glauben an sich selbst verlor. Es war der Anfang vom Ende. Das Sowjetsystem erholte sich nie ganz von der durch die Rede ausgelösten Vertrauenskrise.“ (S. 302)

Die nachfolgende dritte Generation der Bolschewiki, die sog. „Leute der Sechziger“, war geprägt von den Enthüllungen der Geheimrede und vom Chruschtschow'schen Tauwetter. Michail Gorbatschow, dessen Eltern Opfer der Stalin'schen Unterdrückung gewesen waren, gehörte dieser Generation an. „Chruschtschow verlieh ihnen den Glauben, dass sie die revolutionären Ideale ihrer Eltern wieder aufneh-

men und deren unvollendete Arbeit fortsetzen konnten.“ (S. 303)

Nach dem Schock der Geheimrede, deren Text ja sehr rasch Verbreitung fand, stellte sich für die Sowjetführung die Frage, wie die nach zwei großen Kriegen, Bürgerkrieg, Hungernöten und Massenterror sehr junge Bevölkerung für das kommunistische Wertesystem gewonnen werden könnte. Dabei stellte sich heraus, dass die Jugend in erster Linie von materiellen Interessen motiviert wurde, während vielen die Revolution sehr wenig oder gar nichts bedeutete. Beruhte die Stabilität des Sowjetregimes bis dahin auf Unterdrückung, Indoktrination, Opferbereitschaft im Hinblick auf das ferne Ziel einer kommunistischen Gesellschaft und zahlreichen Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs, so hing das Überleben des Regimes hinfür auch wesentlich davon ab, ob die materiellen Wünsche der Bevölkerung erfüllt werden konnten. Erstmals räumte die Partei also eine wirtschaftliche Verpflichtung gegenüber den Individuen ein. Und die Verbrauchererwartungen stiegen in der Chruschtschow-Ära stark an.

Die Planwirtschaft erwies sich freilich als nicht reformierbar, denn sie selbst stellte das wahre Problem dar. Es waren letztlich die beiden Ölpreisschocks 1973 und 1979-1981, welche die strukturellen Probleme zu überdecken hal-

fen und der sowjetischen Führung Spielräume verschafften, die materiellen Erwartungen der Bevölkerung einigermaßen zu erfüllen (die Breschnew-Jahre erscheinen vielen russischen BürgerInnen rückblickend als „goldene Jahre“) und auch stark aufzurüsten.

Den raschen Zusammenbruch der Sowjetunion führt Figes weniger auf die gravierenden strukturellen wirtschaftlichen Probleme zurück als auf Gorbatschows politische Reformen von oben. Seine These ist, dass sich „das Regime von der Spitze her auflöste“ (S. 330). Gorbatschows politische und ökonomische Reformen hatten die Auflösung von Macht und Autorität der Partei zur Folge. „Glasnost“ gestattete den Menschen, „das Regime in Frage zu stellen und eine Alternative zu fordern“ (ebd.).

Auch wenn dieser Rezensent den Begriff der „Revolution“, unter den der Autor seine Geschichte Russlands vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1990er-Jahre fasst, nicht überzeugend findet, kann der vorliegende Band dennoch allen einschlägig Interessierten nur wärmstens empfohlen werden. Er bietet eine kompakte, höchst informative und elegant geschriebene Darstellung der russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts auf dem letzten Stand der Forschung.

Martin Mailberg